

# Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Ostern und Heiligabend.  
Der Preis für die 24 Nummern beträgt 1,20 Mark. Einzelhefte 5 Pfennig.  
Verlags-Adresse: Leipzig No. 10225.  
Erscheinungs-Adresse: Leipzig, No. 10.

**Tageblatt** • enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Bezirksverbandes Schwarzenberg, der Amtsgerichte in Aue, Löbnitz, Schneeberg und Schwarzenberg, der Stadträte in Grünhain, Löbnitz, Neudorf und Schneeberg, der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und des Amtsgerichts zu Johanngeorgenstadt.

Verlag G. M. Gärner, Aue, Sachsen.

Druckerei: Aue 21 und 22, Löbnitz (Aue) 446, Schneeberg 10, Schwarzenberg 3316. Druckmaschinen: Zeitzschewitz, Aue.

Wichtiges: Beachten Sie die am Samstag erscheinende Nummer des „Erzgebirgischen Volksfreunds“ für die Wahlberechtigten. Eine Gewähr für die Richtigkeit der Wahlzettel am angegebenen Tage kann an keiner Stelle gegeben werden, auch nicht für die Richtigkeit der Wahlzettel, die von den Wahlberechtigten selbst ausgestellt werden. Die Wahlzettel sind in der Wahlkabine zu besorgen. Die Wahlzettel sind in der Wahlkabine zu besorgen. Die Wahlzettel sind in der Wahlkabine zu besorgen.

Nr. 90.

Sonnabend, den 18. April 1931.

84. Jahrg.

## Amfliche Anzeigen.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Heinrich Quas in Schneeberg als alleinigen Inhabers der im Handelsregister nicht eingetragenen Firma Heinrich Quas vorm. Hermann Bamberg in Schneeberg (Fabrikation von Möbelrollen und Patent-Babegürtel) wird hierdurch aufgehoben, nach dem der im Vergleichstermin vom 12. Februar 1931 angenommene Zwangsvergleich durch rechtskräftigen Beschluß vom 12. Februar 1931 bestätigt worden ist.  
Schneeberg, 15. April 1931. Das Amtsgericht.

Das Konkursverfahren über das Vermögen der Anna Marie Hl. Schmidt geb. Schlegel, Schuhmacherei und Schuhwarengeschäft in Schwarzenberg wird nach Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.  
Schwarzenberg, den 10. April 1931. Amtsgericht.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Stimmerpoliers Hermann Max Schreier in Bernsdorf Nr. 29M, Weininhabers der Firma Max Schreier, Baugeschäft und Handel mit Baumaterialien wird  
a) Termin zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen und  
b) zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Befestigung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlußtermin

auf den 6. Mai 1931, vormittags 10 Uhr vor dem Amtsgericht Schwarzenberg bestimmt. R 20/30.  
Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 150 RM. und seine baren Auslagen werden auf 12,83 RM. festgesetzt.  
Schwarzenberg, den 11. April 1931. Das Amtsgericht.

## Öffentliche Stadtverordnenenversammlung in Aue

Montag, den 20. April 1931, 18 Uhr (nachmittags 6 Uhr) im Stadtverordnenenversammlungsraum.

Tagesordnung: 1. Eingabe der „Vergütung des Stadtkantonsverwalters“. 2. Besuch des Stadtverordnenen Böhm um Befreiung von seinem Stadtverordnenenmandat. 3. Abschluß der Sparte für 1930. 4. Desgl. der Stadtbank für 1930. 5. Vorübergehende Außertrastsetzung der ortsgesetzlichen Bestimmungen über die Schüler-Unfallversicherung. 6. Bewertung des alten Stadtkantonsverwalters. 7. Bau einer Ufermauer an der Mulde. 8. Gewährung eines Beitrages für den Bau der Straße Bodau-Blauenthal. 9. Nachbewilligung von Mitteln für den Bau der Straße nach Oberpanspitz. 10. Errichtung einer Bedürfnisanstalt an der Lessingschule. 11. Anlegung eines erhöhten Fußweges zwischen dem Bieweg'schen Grundstücke und dem Eisenbahnübergang an der Döhner Straße. 12. Ortsgesetz über die Erhebung einer Bauabgabe in der Stadtgemeinde Aue. 13. Wohnungsbauprogramm für 1931.

## Erster Jahrmakrt in Löbnitz

Sonntag und Montag, den 3. und 4. Mai 1931.

## Rubholzverfeigerung. Staatsforstrevier Sartmannsdorf.

Am Samstag „Sächsischer Hof“ in Sartmannsdorf am Dienstag, den 20. April 1931, von vorm. 1/11 Uhr an:  
712 Stück m. Stämme 10/14 cm = 105 fm, 632 dgl. 15/19 cm = 180 fm, 140 dgl. 20/24 cm = 78 fm, 22 dgl. 25/30 cm = 24 fm — geschnitten — (10—28 m lang). 2741 Stück m. Stämme 7/14 cm = 136 fm, 1685 dgl. 15/19 cm = 198 fm, 1345 dgl. 20/24 cm = 251 fm, 765 dgl. 25/29 cm = 208 fm, 264 dgl. 30/34 cm = 93 fm, 83 dgl. 35/45 cm = 40 fm — geschnitten — (3,5, 4,0, 4,5 u. 5,0 m lang). 260 Stück Dornstangen Al. 1, 51 dgl. Al. 2, 830 Stück Reisstangen Al. 5, 890 dgl. Al. 6.  
Aufbereitet in den Abt. 5, 13, 45 (Abt. 5/13/45), 5, 17 (Entnahmen, gerichtet), 60 (Durchforstung, gerichtet).

Forstamt Sartmannsdorf. Forsthaus Schwarzenberg.

## Rubholzverfeigerung. Solaer Staatsforstrevier.

Montag, den 4. Mai 1931 von mittags 12 Uhr an im Hotel „Burg Weitz“ in Aue:  
St. Stämme: 250 Stück 20/24 cm (Hark = 42 fm, 482 dgl. 25/29 cm (Hark = 115 fm, 409 dgl. 30/34 cm (Hark = 132 fm, 327 dgl. 35/39 cm (Hark = 149 fm (3,5 u. 4,0 m lang).  
Aufbereitet in den Abt. 1, 13, 24, 25, 46, 47, 49, 50, 52 und 146 (Plenier- und Räumungsschläge) sowie in Abt. 18 (Durchforstung).  
Sämtliche Hölzer sind geschnitten und gerichtet.

Es wird gebeten, den Auszug für die letzte Verfeigerung am 16. März 1931 nochmals mitzubringen.

Forstamt Sola. Forsthaus Schwarzenberg.

Die amtlichen Bekanntmachungen sämtlicher Behörden können in den Geschäftsstellen des „Erzgebirgischen Volksfreunds“ in Aue, Schneeberg, Löbnitz und Schwarzenberg eingesehen werden.

## Der Sprung ins Dunkle.

Bürgerkrieg und drohender Zerfall in Spanien.

### Selbst Frankreich ist in Sorge.

Madrid, 16. April. 48 Stunden nach der Ausrufung der Republik in Spanien beginnen die großen politischen und wirtschaftlichen Sorgen für die provisorische Regierung. Die eine Gefahr, vor der die Regierung steht, ist der völlige Auseinanderfall des spanischen Staates durch zu hartes Hervortreten der separatistischen Tendenzen, die nicht nur in Katalonien, sondern auch in anderen Provinzen jetzt eine erhebliche Rolle spielen.

Der Versuch des Präsidenten der provisorischen Regierung Ramon, mit dem Führer der katalonischen Bewegung, Oleguer Macia, eine Vereinbarung zu treffen, ist noch nicht gelungen. In Barcelona hat sich bereits eine eigene Regierung gebildet, bei der Oleguer Macia genau so Ministerien befehligt, wie die provisorische Regierung in Madrid. Die revolutionären Gewalttäter in Barcelona sind der Ansicht, daß Madrid ohne König keine Gelingenberechtigung als Hauptstadt verloren hat und daß das industrielle Barcelona die Hauptstadt der Föderation der Iberischen Republiken werden soll. Selbst in Frankreich, dessen Diplomatie die Bewegung in Spanien sehr begünstigt hat, sind plötzlich Befürchtungen entstanden, und zwar befürchtet man, daß die in Frankreich lebende katalonische Minderheit Interesse für den Zusammenschluß mit dem neuen katalonischen Staat zeigen könnte. Weiterhin haben sich, dem Beispiel von Katalonien folgend, die baskischen Provinzen zur selbständigen Republik erklärt mit einer eigenen Verfassung, die sich auf ihre historischen Privilegien stützt.

Die zweite große Sorge der provisorischen Regierung ist die Gefahr eines linksradikalen Umsturzes. In Sevilla und Barcelona ist es schon zu Vorstößen anarchistischer Gruppen gekommen. Die Revolution ist in Spanien zum Teil von der sozialdemokratischen Partei gemacht worden, die einen stark syndikalistischen Einschlag hat. Einem ernsthaft bolschewistisch-anarchistischen Vorstoß wäre die provisorische Regierung Spaniens nicht gewachsen. Hinzu kommt, daß die Form, in der König Alfons das Land verlassen hat, doch starken Eindruck gemacht hat. Im katalonischen Lager melden sich bereits Stimmen, die die Regierung darauf aufmerksam machen, sie müsse ihre Macht auf die allerwichtigsten Angelegenheiten beschränken, da ihr Ursprung keinen gesetzlichen Hintergrund habe. Diese Kreise verlangen auch eine baldige Einberufung der verfassunggebenden Nationalversammlung. Besonders starke Befürchtungen aber hat man wegen der Selbständigkeitsklärung Kataloniens, da das Föderationsproblem die Einheit Spaniens unter allen Umständen gefährden könnte.

### Straßenkämpfe in Sevilla.

Der Belagerungszustand über die Stadt verhängt.

Sevilla, 16. April. Hier sind schwere kommunistische Unruhen ausgebrochen. Radikale Elemente liefern der Polizei regelrechte Straßenkämpfe, bei denen nach den bisherigen Feststellungen eine Person erschossen wurde. Vier Polizisten und elf Zivilisten wurden schwer verletzt. Die Demonstrationen richteten sich gegen die provisorische Regierung in Madrid. Immer wieder wurde aus der Menge gerufen: „Nieder mit der konservativen Republik!“ Nach dem ersten Zusammenstoß mit der Polizei fürmte der Pöbel ein Waffenmagazin, verschickte sich mit Waffen und griff die Polizei erneut an. Wieder mußte die Polizei von der Schutzwaffe Gebrauch machen. Drei Personen wurden getötet und über hundert verletzt. Eine große Anzahl von Demonstranten wurde verhaftet. Man befürchtet den Ausbruch weiterer Unruhen.

Später sammelte sich vor der Kaserne des 9. Infanterieregiments ein großer Trupp von Kommunisten an, der unter den Rufen „Nieder mit dem König! Es lebe die Republik!“ Waffen forderte, um gegen die Risikogarde kämpfen zu können. Die Demonstranten wurden von der Wache auseinandergetrieben, kamen aber später wieder und gaben einige Revolvergeschosse gegen das Kasernenportal ab, worauf die Wache das Feuer erwiderte. Ein Kommunist wurde schwer verletzt. Als die Kommunisten bald darauf einen Laden plünderten, wurde auf Beschluß der republikanischen Junta der Belagerungszustand über Sevilla verhängt.

In Huelva kam es zu ersten Zusammenstößen zwischen der Polizei und Republikanern, wobei die Polizei von der Schutzwaffe Gebrauch machen mußte. Dabei wurde ein Arbeiter getötet, und zahlreiche andere wurden schwer verletzt. Auch in Bilbao hat die Volksmenge die Gefangnisse gestürmt und alle Gefangenen in Freiheit gesetzt. Die Unruhen dauern noch an. Die Truppen patrouillieren durch die Straßen der Stadt. In Valencia kam es ebenfalls zu einer Meuterei unter den Gefangenen; nachdem die Wächter entwaffnet waren, konnten die Gefangenen flüchten. In Málaga kam es zu Ausschreitungen republikanischer Elemente gegen das Eigentum bekannter Monarchisten. Die Menge versuchte den Großgrundbesitzer Mark Larios ins Meer zu werfen. Es gelang ihm aber, zu fliehen und sich über die Grenze in Sicherheit zu bringen.

In Tetuan (Spanisch-Marokko) kam es gestern zu schweren Zusammenstößen zwischen Monarchisten und Republikanern. Der spanische Kommissar in der Marokkzone, General Jordana, hatte sich geweigert, auf den Dienstgebäuden die republikanische Flagge hissen zu lassen. Das führte zu Zusammenrottungen und Straßenkämpfen, bei denen drei Personen getötet und mehrere verletzt wurden. Die Republikaner gewannen schließlich die Oberhand, und General Jordana wurde gefangen gesetzt. Der monarchistische Oberst Capas, der seinen Leuten den Befehl zum Schießen erteilt hatte, ist geflüchtet.

Waren aus der Umgegend von Sevilla sind auf Lastautos unter Mitführung kommunistischer Fahnen in Sevilla eingetroffen. Sie drohten Hufe auf die Sowjets an. Die Behörden haben ihnen die Einfahrt zur Stadt verweigert.

## Ein Revolutionstribunal.

Drei große Prozesse angekündigt.

Madrid, 16. April. Der erste vollständige Ministerrat der neuen Regierung hat beschlossen, sofort drei Prozesse über die Verantwortlichkeit der Monarchie anzukündigen. Bei dem ersten handelt es sich um die Katastrophe militärischer Niederlage in Melilla im Jahre 1921, die dem Lande über 10 000 Menschenleben gekostet hat. Der zweite Prozeß richtet sich gegen die Handlungen sämtlicher Mitglieder der Diktatur Berenguer während ihrer Amtsdauer, der dritte bezweckt die Revision des Kriegesgerichtsurlaus über die Revolte von Jaca.

Der Ministerrat beschäftigte sich ferner mit der Kapitulation, die durch die Erklärungen und Ratschläge einer Persönlichkeit der letzten Regierung noch schlimmer geworden sei. Es wurden Beschlüsse zur energischen Bekämpfung der Kapitalflucht gefaßt. Zum Schluß wird mitgeteilt, daß der Ministerrat noch nicht die Zeit gefunden habe, die Erneuerungen der spanischen Außenminister und der Gouverneure vorzunehmen.

Madrid, 16. April. Ministerpräsident Alcalá Zamora erklärte einem Pressevertreter, man solle sich im Ausland nicht einbilden, daß die aktiven Kräfte des Landes uns misstrauisch betrachten. Der Präsident des Bankensyndikats hat mir erklärt, daß die Bankinstitute mit uns gehen. Admiral Agnar hat mir in seiner Eigenschaft als oberster Marinechef versichert, daß die gesamte Flotte sich für die Republik ausspreche. Aus der Armee erhalten wir jeden Augenblick Loyalitätserklärungen. Selbst unter den Monarchisten wird man kaum noch jemand finden, der nicht den begünstigten Charakter des Regimewechsels anerkennt. Bezeichnend für unsere Revolution ist, daß wir ohne Geldopfer gearbeitet haben. Wir haben alles ohne Geld gemacht, abgesehen von kleinen Beiträgen, die wir selbst beisteuerten. Wir haben niemand gekauft, und deshalb brauchen wir uns auch nicht zu verkaufen. Die spanische Revolution ist damit Herrin ihrer Geschichte. Alles, was wir anordnen, wird der verfassunggebenden Versammlung, die so schnell wie möglich einberufen werden wird, zur Billigung unterbreitet werden. Aber um Spanien seine Freiheit wieder zu geben und ihm die Möglichkeit zu verschaffen, sich selbst zu regieren, müssen wir das Terrain ebenen und die vollständige Umbildung der Verfassung vorbereiten. Wir werden das Programm anwenden, das wir während eines Zeitraumes von 3 Monaten vor der Revolution trotz der politischen Verfolgungen und auf die Gefahr hin, wegen Hochverrats angeklagt zu werden, vorbereitet haben.

Die provisorische Regierung äußert sich zu dem Manifest des Königs wie folgt: Die Regierung will der Vorbereitung des von Alfons von Bourbon unterzeichneten Manifestes kein Hindernis bereiten, obwohl die besonderen Umstände, die das Auskommen jeder neuen Regierung begleiten, ein entsprechendes Verbot zur Stunde rechtfertigen könnten. Aber die provisorische Regierung der Republik ist der Zustimmung des Landes sicher und braucht monarchistische Aktivitäten nicht zu fürchten. Deshalb verbietet sie nicht die Veröffentlichung dieses Dokumentes, hält es auch nicht für notwendig, dem Manifest einen Kommentar beizugeben. Sie hält es für besser und auch für ausreichend, daß das Land dieses Dokument unbeeinträchtigt durch eine ministerielle Würdigung beurteilt.